

Einschränkung der Grundrechte soll jüdisches Leben schützen?

Zur Resolution des Bundestages vom 7.11.2024

*“Nie wieder ist jetzt — Jüdisches Leben in Deutschland schützen,
bewahren und stärken”*

Referenten: **Wieland Hoban**, Vorsitzender der Jüdischen Stimme für
einen gerechten Frieden in Nahost, Frankfurt am Main
Ahmed Abed, Vereinigung demokratischer Juristen,
Berlin

Datum: **24.1.2025**

Uhrzeit: **18:30 Uhr**

Ort: **Haus der Demokratie und Menschenrechte**,
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
S+U Alexanderpl.(Grunertstr.) / M4 Am Friedrichshain

Im Mittelpunkt des Beschlusses des Bundestags steht vor-
geblich die Bekämpfung des Antisemitismus. Doch nicht um
ihn geht es in dieser Resolution, sondern um die Kritik an der
aktuellen Politik Israels, was als *“israelbezogener”* Antisemi-
tismus definiert wird. Der Widerstand gegen die schweren
Verletzungen des Völkerrechts in Gaza und im Westjordan-
land und die Solidarität mit dem palästinensischen Volk soll
zum Schweigen gebracht werden. Hierzu werden die Einrich-
tungen des Bundes, der Länder und Kommunen aufgefor-
dert, Leitfäden zu entwickeln, um den pro-israelischen Konsens
durchzusetzen und ihre Förderung von Projekten, Orga-
nisationen, Kulturschaffenden und Hochschulen danach aus-
zurichten. Darin sehen wir eine Einschränkung der Grund-
rechte: der Meinungsfreiheit, der Freiheit von Forschung und
Lehre, der Freiheit von Kunst und Kultur.

Die Resolution beklagt *“Antisemitismus, der auf Zuwanderung aus den Ländern Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens basiert”* und stellt damit diese zugewanderten Menschen unter Generalverdacht.

Auf der Grundlage dieses *“israelbezogenen”* Antisemitismusbegriffs fordert der Bundestagsbeschluss, *“Gesetzeslücken zu schließen und repressive Möglichkeiten konsequent auszuschöpfen ... Dies gilt in besonderem Maße im Strafrecht sowie im Aufenthalts-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht, um eine möglichst wirksame Bekämpfung von Antisemitismus zu gewährleisten”*.

Einen solchen Missbrauch des Begriffs Antisemitismus wollen wir als Antifaschist*innen nicht hinnehmen.

“Wir müssen die Shoah im Zentrum unserer Verantwortung halten. Aber wer die Shoah benutzt, um anderes Leid zu degradieren, hat ihre wichtigste Lehre nicht verstanden.”

Charlotte Wiedemann in ihrem Buch *Den Schmerz der Anderen begreifen* (2022). Sie ist Auslandsreporterin und berichtet aus muslimischen Gesellschaften in West- und Ostafrika.

Veranstalter:



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Verband der Antifaschist*innen



Den Frieden gewinnen,
nicht den Krieg

<https://vvn-vda.de>

<https://frieden-gewinnen.de>

Die Veranstalter dulden keine rassistischen, antimuslimischen sowie antisemitischen Äußerungen und werden gegebenenfalls von ihrem Hausrecht Gebrauch machen.